

## **Kritische Bemerkungen zur Diskussion über Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt**

„Rechtsextremismus“ ist ein Thema, das regelrechte Konjunkturen und Debattenzyklen kennt, die von der Tabuisierung zur Dramatisierung, von der Bagatellisierung zur Skandalisierung und von der Verdrängung zur Verabsolutierung wechseln. Manchmal gehen Verharmlosung und Hysterie sogar Hand in Hand. Trotz der breit angelegten Mediendiskussion über den Rechtsextremismus, die nach dem 27. Juli 2000 (Bombenanschlag auf jüdische Aussiedler/innen in Düsseldorf) begann und mit der BILD-Titelzeile „Neonazis ertränken Kind“ vom 23. November 2000 ihren traurigen Höhepunkt erreichte, hat sich die Gesellschaft nie ernsthaft mit dem Rechtsextremismus, seinen Hintergründen und Urhebern auseinander gesetzt. Vielmehr erfüllt die emotionalisierte Debatte eine Ablenkungs-, Entlastungs- und Legitimationsfunktion: So überdeckt der Themenkomplex „Jugendgewalt“ die Gewalttätigkeit der Erwachsenen bzw. der von ihnen geprägten Welt und verdrängt die Reflexion über politische Fehler und Versäumnisse im deutschen Einigungsprozess; schließlich rechtfertigt man damit autoritäre Erziehungsstile und Entwicklungstendenzen.

Wenn nicht alles täuscht, war die entsetzte Reaktion des Auslandes der Auslöser dafür, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den Medien zum ersten Mal seit fast zehn Jahren nahm wieder breiten Raum einnahm: Erst als der „Wirtschaftsstandort D“ in Verruf geriet und ausländische Großinvestoren vor allem Ostdeutschland nach Hetzjagden auf Schwarze sowie der Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen rechts liegen zu lassen drohten, proklamierte die Bundesregierung einen „Aufstand der Anständigen“, rief man die Bürger/innen zur Zivilcourage auf und konstituierte sich das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“. Auch wenn nicht wieder riesige Lichterketten gebildet, sondern eher prominente Zeitgenossen und Trendsetter angehalten wurden, ihr „Gesicht zu zeigen“, war vielen Menschen bewusst, dass sie selbst etwas tun müssen, um der rechten Gewalt Einhalt zu gebieten. Spürbar ist eine Sensibilisierung großer Teile der Öffentlichkeit für (ethnische) Minderheiten treffende Diskriminierung, rassistische Ausgrenzung und Tendenzen ultrarechter Formierung.

Gleichwohl weicht man der zentralen Erkenntnis von Fachwissenschaftlern immer noch aus: Es handelt sich beim modernen Rechtsextremismus keineswegs um ein Phänomen des „Randes“, etwa um das Aufbegehren sozial Benachteiligter, um die Ausfälle von besoffenen Skins oder um einen

Protestschrei vernachlässigter Jugendlicher, sondern um ein Problem, das uns alle betrifft, das „aus der Mitte unserer Gesellschaft“ kommt und das nur diese zurückdrängen kann, aber weder Polizei und Justiz noch Lehrer und Sozialarbeiter allein zu lösen vermögen. Es geht also nicht um eine Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation gültiger Normen (Beurteilung einer Person nach ihrer Leistungsfähigkeit bzw. ihrer Anpasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Fast ausschließlich ereignisorientiert berichtend, also kaum strukturelle Zusammenhänge erhellend, verkürzten die Massenmedien das Thema „Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“ häufig auf Sensationshascherei. Dabei standen die (zumeist männlichen) Täter im Mittelpunkt des Interesses, während die Urheber, Hintermänner, Opfer und Folgen rechtsextremer bzw. rassistischer Übergriffe (beispielsweise für die politische Kultur unseres Landes) im Dunkeln blieben. Schilderungen des Tathergangs mündeten manchmal eher in Entschuldigungen für die Gewalttäter als in überzeugende Erklärungen.<sup>1</sup>

Fatal war, dass die Journalist(inn)en nur besonders spektakuläre Fälle, mit dem „Mord“ am kleinen Joseph aus Sebnitz auch noch einen offenbar bloß konstruierten, ins Zentrum ihrer Berichte rückten. Darüber geriet die „Normalität“ des alltäglichen Rassismus, der sich nicht nur in Türkenwitzen, sondern auch in den Vorurteilen über Angehörige ethnischer Minderheiten manifestiert, die mit deren Benachteiligung zugleich eigene Privilegien gegenüber Migrant(inn)en legitimieren, aus dem Blickfeld.

Viel zu kurz kam auch die Erforschung der Ursachen: Statt nach überzeugenderen Erklärungen zu suchen, die den gesellschaftlichen Institutionen womöglich eine Mitverantwortung an der weiten Verbreitung ultrarechter Ideologien bescheinigt hätten, bezog man sich lieber auf Deutungsmuster, die oft genug mehr nach Entschuldigungen für die Gewalttäter klangen: So musste selbst die rigide Reinlichkeitserziehung in den Säuglingskrippen der DDR als Ursache für die größere Aggressivität ostdeutscher Neonazis herhalten.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: Butterwegge, Christoph: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?, Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: ders./Lohmann, Georg (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. 2. Aufl. Opladen 2001, S. 13 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Anleitung zum Haß. Der Kriminologe Christian Pfeiffer über das Erziehungssystem der DDR und die Folgen, in: Der Spiegel v. 22.3.1999, S. 60 ff.; zur Kritik: Geyer, Michael: Der häßliche Deutsche – ein DDR-Krippenkind?, Pädagogischer Drill bedingt Ausländerhaß – Anmerkungen zu einer These, die heftigen Streit verursacht, in: Die Zeit v. 8.4.1999

Rasch konzentrierte sich die öffentliche Debatte auf den Vorschlag des bayerischen Innenministers Günther Beckstein, die NPD zu verbieten. Es gibt allerdings kein Patentrezept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, und wer gar nicht erst analysiert, wie, wo und warum dieser entsteht, kann ihn schwerlich zurückdrängen. Gegenmaßnahmen greifen nur, wenn sie an den eigentlichen Wurzeln, also nicht bloß an den organisatorischen Erscheinungs- und Parteiformen wie der NPD ansetzen.

Schon nach einer kurzen Beschäftigung mit Theorien über Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt fällt auf, dass es keinen überzeugenden Erklärungsansatz, sondern eine Vielzahl von Deutungsmustern gibt, die sich zum Teil widersprechen und wechselseitig ausschließen. Dabei korreliert die Beliebtheit der Theorien bzw. Theorieversatzstücke oft mit ihrer Beliebigkeit. Man spricht über Jugend und Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Antisemitismus und National(sozial)ismus, meint aber etwas anderes. Weil es gar nicht um die Wirklichkeit (des Rechtsextremismus) selbst, sondern um deren unterschiedliche Wahrnehmung geht, muss nach den dahinter verborgenen Interessen gefragt werden.

In den Massenmedien erfolgte die Fehldeutung des Rechtsextremismus als „Jugendprotest“ im Rahmen einer Berichterstattung über rassistische Gewalttaten, die den Eindruck erweckte, als handle es sich hierbei um das Aufbegehren einer ganzen Generation. Die in der Tagespublizistik vorherrschende Tendenz zur Simplifizierung eines letztlich unbegriffenen Problems fand man aber auch in seriösen Fachorganen.

Das Weinen eines von den Eltern vernachlässigten Kindes ist genauso wenig ein Protestschrei wie die Hetzparole „Ausländer raus!“. Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Lage oder politischen Gegebenheiten und Äußerungen des Unmuts darüber sind für sich allein noch kein Protest, wiewohl dieser daraus hervorgehen kann. Protest basiert vielmehr auf moralischen Prinzipien bzw. politisch-ideologischen Grundsätzen, bedarf (der Ansätze) eines Programms und des Gegenentwurfs für eine andere Lebensweise oder eine bessere Gesellschaft, jedoch auch einer Öffentlichkeit, um sein Ziel zu erreichen, und ist seinem ganzen Wesen nach eine Herausforderung der Obrigkeit.

Rechtsextreme Ideologien/Organisationen haben nur Erfolg, wenn sie die besonders in Krisen- und Umbruchsituationen spürbare Unzufriedenheit der Unter- bzw. der vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichten aufgreifen, sind daher ohne rebellische Basisimpulse überhaupt nicht denkbar. Ein

Pogrom ist jedoch keine Protestaktion und eine jugendliche Provokation keine Rebellion, wie man vielleicht auf den ersten Blick meinen könnte.

Zwischen Gewalt und Gewalt gibt es gewaltige Unterschiede. Diese Feststellung bedeutet jedoch nicht, rechte Gewalt zu verteufeln und linke (Gegen-)Gewalt zu billigen. Letztere ist vielmehr –genauso wie erstere – weder moralisch gerechtfertigt noch politisch opportun, sondern höchstens in einem Notwehr- oder Nothilfefall angebracht. Aber sowenig das Attentat Claus Schenk Graf von Stauffenbergs auf Hitler (20. Juli 1944) mit dem Bombenanschlag eines von Rauschgiftkartellen gedungenen Killers auf Polizisten, Richter und Staatsanwälte gleichzusetzen ist, sowenig dürfen die unterschiedlichen Motive und Tatumstände außer Acht bleiben, will man einen Vergleich zwischen linksradikalen Gewalttaten und rechtsextremem Terror ziehen: Wenn heutzutage Molotowcocktails gegen Flüchtlingswohnheime fliegen, so ist dies mit der Tatsache, dass empörte Student(inn)en nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968 Molotowcocktails gegen das Springer-Hochhaus schleuderten, nicht gleichzusetzen. Während mit dem BILD-Verlag ein Symbol der (politisch-ökonomischen und Medien-)Macht das Ziel war, sind jetzt völlig Wehrlose die Opfer. Durch die Gleichsetzung linker und rechter Gewalt im Rahmen der Diskussion über die „Sponti“-Vergangenheit von Außenminister Joschka Fischer sowie die Haltung von Umweltminister Jürgen Trittin gegenüber dem „Mescalero“-Artikel eines Göttinger Studenten, in dem dieser 1977 zwar „klammheimliche Freude“ über den Tod von Generalbundesanwalt Siegfried Buback geäußert, sich aber unmissverständlich von dem Mord und terroristischen Methoden distanziert hatte, wurde der Rassismus verharmlost.

Auch wurde die APO bzw. ihr „antiautoritärer Erziehungsstil“ gemäß dem Motto „Linke Lehrer bringen rechte Schüler hervor“ für die rassistische Gewalt verantwortlich gemacht und „mehr Mut zur (konservativen Werte-)Erziehung“ gefordert, ganz so, als könne man das Problem der Schule und dem Elternhaus überlassen. Seit jeher wird in Deutschland die Linke für Wahlerfolge und Gewaltakte der extremen Rechten haftbar gemacht: Gab man in Weimar den Sozialdemokraten (Aufkündigung der Großen Koalition im Frühjahr 1930) und/oder den Kommunisten (angebliche Zusammenarbeit mit der NSDAP) die Schuld für Hitlers „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933, so war es in den 60er-Jahren die APO, mit der man sowohl den RAF-Terrorismus wie den Aufstieg der NPD zu erklären versuchte.

Konservative Kreise behaupten, dass die radikale Linke das Wertfundament der parlamentarischen Demokratie systematisch untergraben und mittels ihrer Laisser-faire-Haltung junge „Mini-Rambos“ bzw. „Monster-Kids“ herangezüchtet habe. Die „Konfliktpädagogik“ der „‘68er“-Lehrergeneration sei, so heißt es, zum Einfallstor für die Aggression von Schülern geworden. Sogar mit dem „Duz-Syndrom“ linker Lehrer/innen und Professor(inn)en gegenüber Schüler(inne)n und Studierenden wird der Aufschwung des Rechtsextremismus in Verbindung gebracht.<sup>3</sup>

Rassistische Jugendgewalt wird als Resultat fehlender oder falscher Erziehung begriffen, gerade so, als stünde den militanten Skinheads eine gewaltfreie, friedliche Welt wohlzogener Erwachsener gegenüber.<sup>4</sup> Empirisch war die provokative These von den „antiautoritär-unerzogenen“ Kindern der ‘68er-Generation freilich nicht lange zu halten.<sup>5</sup> Gegen zu große Permissivität und Liberalität in der Erziehung als Ursachen für jugendlichen Rechtsextremismus sprechen Untersuchungen, wonach „die Übereinstimmung zwischen der eigenen Ausländerfeindlichkeit (gemessen an verschiedenen Items) und der Grundeinstellung der Familie gegenüber Asylbewerbern viel weiter verbreitet ist als derjenige Fall, wo vom Jugendlichen prinzipielle Unterschiede zwischen der Position der Eltern und der eigenen Einstellung gesehen werden.“<sup>6</sup>

Wenn die „Alt-‘68er“ überhaupt eine Mitverantwortung für Rechtsentwicklung und Gewalt in der Bundesrepublik tragen, dann deshalb, weil sie als Personen beim „Marsch durch die Institutionen“ erheblich mehr verändert wurden als diese, also wegen mangelnder Konsequenz, tiefgreifende Gesellschaftsveränderungen auch gegen mächtige Interessengruppen durchzusetzen, nicht aber wegen ihrer teilweise illusionären Forderungen und idealistischen Reformvorstellungen selbst. Nicht Willy Brandts Antrittsversprechen, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen, sondern dass seit dem 28. Januar 1972, als der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten den sog. Radikalenerlass verkündeten, immer weniger Demokratie gewagt wurde, hat die Rechtsentwicklung begünstigt. Faschoskins und Neonazis von heute sind in den letzten Jahren – nicht schon eine Dekade früher – aufgewachsen, sodass sie die „geistig-moralische Erneuerung“ der von 1982 bis 1998 regierenden

---

<sup>3</sup> Vgl. Amendt, Gerhard: Du oder Sie. 1945 – 1968 – 1995. Bremen 1995, S. 70.

<sup>4</sup> Vgl. Richter, Karl-Otto/Schmidtbauer, Bernhard: Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Empirische Ergebnisse aus dem Frühjahr 1992, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2-3/1993, S. 44.

<sup>5</sup> Vgl. Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test, in: Eckert, Roland (Hrsg.): Wiederkehr des „Volksgesistes“? Ethnizität, Konflikt und politische Bewältigung. Opladen 1998, S. 198 f.

<sup>6</sup> Siehe Wellmer, Matthias: Ausländerfeindlichkeit und Gewalt ist nicht Protest, sondern Tradition!, in: Neue Praxis 3/1994, S. 283.

CDU/CSU/FDP-Koalition erheblich stärker beeinflusst haben dürfte als die „Kulturrevolution“ der APO-Generation.

Die 1991/93 extrem zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht geschadet, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert.<sup>7</sup> Günter Grass sprach mit Blick auf die Asylhysterie vom „Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland“, gar von einem „Rechtsrutsch“, welcher als „bundesweite Verlagerung der politischen Mitte“ begriffen werden müsse.<sup>8</sup> Obwohl im Rahmen des Asylkompromisses zwischen CDU/CSU, FDP und SPD avisiert, blieb die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das sich hierzulande immer noch auf die völkische Abstammungslehre des „deutschen Blutes“ stützt, bis zum Regierungswechsel im Herbst 1998 aus und wurde aufgrund der Unterschriftensammlung von CDU und CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sowie der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nach der hessischen Landtagswahl im Februar 1999 auch nur halbherzig verwirklicht: „Trotz aller in der Bundesrepublik erfolgten Angleichung an die westliche politische Kultur scheint eine zentrale Kategorie noch nicht heimisch geworden: die der republikanischen Staatsbürgeration.“<sup>9</sup>

Von der Asyldiskussion führte ein gerader Weg zur Standortdebatte, die Mitte der 90er-Jahre das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus darstellte.<sup>10</sup> War zuerst die Furcht verstärkt worden, Ausländer nähmen „den Deutschen die Arbeitsplätze“ weg, so entstand nun der Eindruck, das deutsche Kapital wandere ins Ausland ab, was ähnliche Ängste hervorrufen musste (Titelzeile auf Seite 1 von *Bild* am 6. Oktober 1999: „Hochsteuerland Deutschland: Haut Daimler ab in die USA?“). Das verbreitete Bewusstsein, auf den internationalen Märkten einer „Welt von Feinden“ gegenüber zu stehen und die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes durch „deutschen“ Erfindungsgeist, größeren Fleiß und mehr Opferbereitschaft dokumentieren zu müssen, nenne ich „Standortnationalismus“. Konkurrenzfähigkeit avanciert zum strategischen Dreh- und Angelpunkt, was nicht ohne Konsequenzen für das gesellschaftliche Klima bzw. die politische Kultur bleibt: „Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen

---

<sup>7</sup> Vgl. dazu: Prantl, Heribert: Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik. München/Wien 1994; Söllner, Alfons: Asylpolitik, Fremdenfeindschaft und die Krise der demokratischen Kultur in Deutschland – eine zeitgeschichtliche Analyse, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie 7, Baden-Baden 1995, S. 43 ff.

<sup>8</sup> Grass, Günter: Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992, S. 22.

<sup>9</sup> Schoch, Bruno: Der Nationalismus – bekannt, nicht erkannt, in: Meyer, Berthold (Red.): Eine Welt oder Chaos?, Frankfurt am Main 1996, S. 53.

Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen.“<sup>11</sup> Für die Nichtdeutschen in Deutschland ergaben sich damit automatisch ungünstigere Aufenthaltsbedingungen: „In einer Situation, in der das ‚ganze Volk‘ angehalten wird, ‚den Gürtel enger zu schnallen‘, liegt es auf den Stammtischen, daß ‚Fremde‘, seien es Arbeitsmigranten, Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht auch noch von den ohnehin knappen Mitteln bedient werden können. ‚Deutsch sein‘ heißt unter den Bedingungen des modernen Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuwehren.“<sup>12</sup>

Hierdurch eröffnen sich dem Rechtsextremismus ideologische Anknüpfungspunkte. Was bereits in der Ablehnung „deutschstämmiger“ Aussiedler durch Anhänger und einzelne Gliederungen der REPublikaner zum Ausdruck kam, bestätigt sich: Nicht mehr der mythisch-völkische, sondern ein modernisierter, neoliberal und marktradikal orientierter Nationalismus beherrscht mittlerweile die ultrarechte Szene.<sup>13</sup> Aufgrund der Tatsache, dass Wirtschaft und Soziales zum zentralen Politikfeld der extremen Rechten geworden sind,<sup>14</sup> befindet sich hier ein Konfliktherd für die demokratische Kultur. Je enger die Verteilungsspielräume einer Gesellschaft werden, desto mehr wächst nämlich die Versuchung, sog. Randgruppen von bestimmten Ressourcen auszuschließen. Ethnisierung ist ein dafür geeigneter Exklusionsmechanismus, der Minderheiten konstruiert, diese negativ (etwa als „Sozialschmarotzer“) etikettiert und damit eigene Privilegien zementiert.<sup>15</sup> Vordergründig geht es bei der Ethnisierung um die „kulturelle Identität“; dahinter stecken aber meist Interessenkonflikte, knappe gesellschaftliche Ressourcen betreffend.

Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre gewann die Ethnizität nicht nur in Ländern der sog. Dritten Welt und in den ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten, sondern auch in westeuropäischen Gesellschaften an Bedeutung. Der im Kalten Krieg verbreiteten Angst vor einer „Unterwanderung“ durch Kommunisten folgte hierzulande die Angst vor einer „Überfremdung“ durch „Asylanten“ und

---

<sup>10</sup> Siehe hierzu: Butterwegge, Christoph: Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus – die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten., in: ders./Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998, S. 121 ff.

<sup>11</sup> Gert Schäfer, Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik, in: Kreuzberger, Wolfgang/Christoph, Klaus/Pilz, Gunter A./Pohl, Rolf/Schulte, Axel/Blanke, Bernhard/Schäfer, Gert/Seifert, Jürgen: Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1993, S. 88.

<sup>12</sup> Radtke, Frank-Olaf: Fremde und Allzufremde. Der Prozeß der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.): Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt. Bonn 1996, S. 14.

<sup>13</sup> Vgl. dazu: Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt?, Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München 1997.

<sup>14</sup> Vgl. Mecklenburg, Jens: Bestandsaufnahme und Perspektiven des Rechtsextremismus, in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.): Was tun gegen Rechts, Berlin 1999, S. 13.

Arbeitsmigranten. Jeder Ethnisierungsprozess hat zwei Seiten: Zuerst erfolgt eine Stigmatisierung „der Anderen“; mit der Konstituierung/Konturierung einer nationalen bzw. „Volksgemeinschaft“ sind allerdings weiter reichende politische und ökonomische Ziele verbunden. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert übrigens eine „Kulturalisierung“ der Politik, die nicht mehr auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird.

Ein „nationaler Wettbewerbsstaat“, der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mit einer umfassenden Verantwortung für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mehr sein möchte,<sup>16</sup> verschärft durch seine marktradikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet damit den Resonanzboden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Je mehr die Konkurrenz gegenwärtig in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, umso leichter lässt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen. Jutta Menschik-Bendele und Klaus Ottomeyer diagnostizieren einen Trend zum „hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus“, der gegenwärtig vermehrt um sich greife: „Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beruht auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien.“<sup>17</sup>

Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in ganz Arm und ganz Reich gespaltenen Gesellschaft. „Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als ‚Sachzwang‘ der Ökonomie erscheinende Brutalität.“<sup>18</sup> Wo die permanente Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf Globalisierungsprozesse – als für die Sicherung des „eigenen Wirtschaftsstandortes“ nützlich, ja unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. Wenn renommierte Wissenschaftler von einem „Kampf der Kulturen“ oder einem „Krieg der Zivilisationen“ sprechen,<sup>19</sup> wundert es nicht,

---

<sup>15</sup> Vgl. Bukow, Wolf-Dietrich: Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen 1996.

<sup>16</sup> Siehe Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam 1995.

<sup>17</sup> Menschik-Bendele, Jutta/Ottomeyer, Klaus: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms. Opladen 1998, S. 303.

<sup>18</sup> Klönne, Arno: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“, in: Butterwegge, Christoph/Lohmann, Georg (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a.a.O., S. 266.

<sup>19</sup> Siehe Huntington, Samuel P.: Der Kampf der Kulturen (The Clash of Civilizations). Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München/Wien 1996; Tibi, Bassam: Krieg der Zivilisationen. Politik zwischen Vernunft und Fundamentalismus. 3. Aufl. Hamburg 1998.

dass Jugendliche zur Gewalt gegenüber Migranten greifen, die sie als Konkurrenten um knapper werdende Arbeitsplätze, Lehrstellen, Wohnungen und Sexualpartnerinnen empfinden. Die (den Verwertungsmechanismen privater Profitmaximierung unterworfenen) Massenmedien tun ein Übriges, um die Bevölkerung in „gute Einheimische“ und „böse Fremde“ aufzuteilen, wobei Journalist(inn)en ihrer Verantwortung hinsichtlich einer seriösen Berichterstattung nicht immer gerecht werden.<sup>20</sup>

Noch in anderer Hinsicht bereitet die neoliberale Hegemonie, die außer der „sozialen Symmetrie“ des wohlfahrtsstaatlich organisierten Kapitalismus auch die Demokratie gefährdet, den Nährboden für Rechtsextremismus und Neofaschismus. Die scheinbare Übermacht der Ökonomie gegenüber der Politik bzw. transnationaler Konzerne gegenüber dem einzelnen Nationalstaat zerstört den Glauben junger Menschen an die Gestaltbarkeit von Gesellschaft, treibt sie in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das im Zeichen der viel beschworenen Globalisierung nötiger denn je wäre.<sup>21</sup>

Schließlich hat der verfassungs- und völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO-Staaten gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999 (militärische) Gewalt als Mittel der Politik ein Stück weit rehabilitiert. Wenn das vereinte Deutschland seine gestiegene Verantwortung in der Welt so interpretiert, dass humanitäre Ziele die Anwendung von Waffengewalt rechtfertigen, darf es sich nicht wundern, wenn Neonazis noch weniger als bisher vor der Gewaltanwendung im Landesinnern zurückscheuen.

*Prof. Dr. Christoph Butterwegge*, geboren 1951, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.

---

<sup>20</sup> Vgl. hierzu: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen 1999; Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun: „Ausländer und Asylmissbrauch“ als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(inn)en, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann 2000 (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a.a.O., S. 83 ff.

<sup>21</sup> Vgl. Klönne, Arno: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“, a.a.O., S. 262.